

No. 29396

**AUSTRIA
and
SWITZERLAND**

**Convention regarding the recognition and enforcement of
judicial decisions. Signed at Berne on 16 December 1960**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 18 December 1992.

**AUTRICHE
et
SUISSE**

**Convention relative à la reconnaissance et à l'exécution de
décisions judiciaires. Signée à Berne le 16 décembre 1960**

Texte authentique : allemand.

Enregistrée par l'Autriche le 18 décembre 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DIE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN

Die Republik Österreich
und

die Schweizerische Eidgenossenschaft

sind, von dem Wunsche geleitet, den Vertrag vom 15. März 1927 über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen, übereingekommen, zu diesem Zweck einen neuen Vertrag zu schließen. Zu Bevollmächtigten haben ernannt:

der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Johannes Coreth, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Österreich in der Schweiz;

der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

Herrn Bundespräsident Max Petitpierre, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

die nach gegenseitiger Prüfung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die in einem der beiden Staaten gefällten gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, einschließlich der in Strafsachen ergangenen Entscheidungen über privatrechtliche Ansprüche, werden im andern Staat anerkannt, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. daß die Grundsätze, die in dem Staate, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, über die zwischenstaatliche Zuständigkeit der Gerichte bestehen, die Gerichtsbarkeit des andern Staates nicht ausschließen;

2. daß die Anerkennung der Entscheidung nicht gegen die öffentliche Ordnung des Staates verstößt, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, insbesondere, daß ihr nicht nach dem Rechte dieses Staates die Einrede der entschiedenen Rechtssache entgegensteht;

3. daß die Entscheidung nach dem Rechte des Staates, wo sie gefällt wurde, die Rechtskraft erlangt hat;

4. daß im Fall eines Versäumnisurteils die den Prozeß einleitende Verfügung oder Ladung der

säumigen Partei oder ihrem zur Empfangnahme berechtigten Vertreter zu eigenen Händen rechtzeitig zugestellt wurde. Hatte die Zustellung im Gebiete des Staates zu geschehen, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, so muß sie im Rechtshilfewege bewirkt worden sein.

Die Behörden des Staates, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, dürfen nur prüfen, ob die in Z. 1 bis 4 angeführten Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Prüfung erfolgt von Amts wegen.

Artikel 2

Die Gerichtsbarkeit des Staates, wo die Entscheidung gefällt wurde, gilt für persönliche Ansprüche gegen einen zahlungsfähigen Schuldner insbesondere dann im Sinne des Art. 1 Z. 1 als ausgeschlossen, wenn der Schuldner zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz in dem Staat hatte, wo die Entscheidung geltend gemacht wird.

Diese Bestimmung ist jedoch nicht anzuwenden:

1. wenn sich der Beklagte durch eine ausdrückliche Vereinbarung der Zuständigkeit des Gerichtes unterworfen hat, das in der Sache erkannt hat;

2. wenn sich der Beklagte vorbehaltlos auf den Rechtsstreit eingelassen hat;

3. wenn es sich um eine Widerklage handelt;

4. wenn der Schuldner am Orte seiner geschäftlichen Niederlassung oder Zweigniederlassung für Ansprüche aus dem Betriebe dieser Niederlassung belangt worden ist.

Als persönliche Ansprüche im Sinne dieses Artikels gelten nicht: familienrechtliche und erbrechtliche Ansprüche, dingliche Rechte und pfandrechtlich gesicherte Forderungen.

Artikel 3

Die Gerichtsbarkeit des Staates, wo die Entscheidung gefällt wurde, gilt nicht als im Sinne des Art. 1 Z. 1 ausgeschlossen, wenn es sich um Entscheidungen über den Ersatz von Schäden handelt, die durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen oder von Fahrrädern mit oder ohne Motor verursacht sind, und wenn der Unfall sich im Gebiet dieses Staates ereignet hat.

Die Bestimmung des vorstehenden Absatzes ist jedoch nur insoweit auch auf Entscheidungen über unmittelbare Ansprüche des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers anwendbar, als nach dem Rechte beider Vertragsstaaten dem Geschädigten ein unmittelbares Klagerecht gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers zusteht. Der Eintritt dieser Voraussetzung wird durch Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen festgestellt werden.

Artikel 4

Die Gerichtsbarkeit des Staates, wo die Entscheidung gefällt wurde, gilt nicht als im Sinne des Art. 1 Z. 1 ausgeschlossen, wenn es sich um Entscheidungen über familienrechtliche Unterhaltsansprüche in Geld handelt und der Unterhaltsberechtigte zur Zeit der Geltendmachung dieser Ansprüche seinen Wohnsitz in diesem Staat hatte.

Als familienrechtliche Unterhaltsansprüche im Sinne des vorstehenden Absatzes gelten auch die gesetzlichen Unterhaltsansprüche der Mutter eines unehelichen Kindes gegen dessen Vater, einschließlich des Anspruches auf Ersatz der Entbindungskosten.

Artikel 5

Die in einem der beiden Staaten gefällten gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen, einschließlich der in Strafsachen ergangenen Entscheidungen über privatrechtliche Ansprüche, werden im andern Staate vollstreckt, wenn sie die im Art. 1 Z. 1 bis 4 angeführten Voraussetzungen erfüllen und in dem Staate, wo sie gefällt wurden, vollstreckbar sind.

Die Behörden des Staates, wo die Vollstreckung beantragt wird, dürfen nur prüfen, ob die im Abs. 1 angeführten Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Prüfung erfolgt von Amts wegen.

Artikel 6

Die Partei, die die Entscheidung geltend macht oder die Vollstreckung beantragt, hat beizubringen:

1. eine Ausfertigung oder Abschrift der Entscheidung;
2. eine Bescheinigung über die Rechtskraft und gegebenenfalls über die Vollstreckbarkeit der Entscheidung; die Bescheinigung ist von der Behörde, die die Entscheidung gefällt hat, oder vom Gerichtsschreiber auszustellen;
3. im Fall eines Versäumnisurteils eine Abschrift der den Prozeß einleitenden Verfügung oder Ladung und eine Bescheinigung über die Art und Zeit ihrer Zustellung an die nicht erschienene Partei;
4. wenn die Entscheidung den ihr zugrunde liegenden Sachverhalt nicht so weit erkennen

läßt, daß die Prüfung im Sinne des Art. 1 möglich ist, eine Abschrift der Klage oder andere geeignete Urkunden:

5. gegebenenfalls eine Übersetzung der in Z. 1 bis 4 bezeichneten Urkunden in die Amtssprache der Behörde, bei der die Entscheidung geltend gemacht oder die Vollstreckung beantragt wird. Die Übersetzung muß nach dem Recht eines der beiden Staaten als richtig bescheinigt sein.

Auf die Beglaubigung der in diesem Artikel erwähnten Urkunden sind die Bestimmungen des Staatsvertrages vom 21. August 1916 anzuwenden.

Artikel 7

Die in einem der beiden Staaten gefällten Schiedssprüche werden im andern Staate anerkannt und vollstreckt, wenn sie den Vorschriften der vorstehenden Artikel, soweit diese Anwendung finden können, genügen.

Dies gilt auch für gerichtliche oder vor Schiedsgerichten abgeschlossene Vergleiche.

Die Bescheinigung über die Rechtskraft und über die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruches oder des vor einem Schiedsgericht abgeschlossenen Vergleiches wird in Osterreich durch das Bezirksgericht, in dessen Sprengel das Schiedsgericht seine Entscheidung gefällt hat oder der Vergleich geschlossen wurde, in der Schweiz durch die zuständige Behörde des Kantons, wo der Schiedsspruch gefällt oder der Vergleich geschlossen wurde, ausgestellt.

Artikel 8

Ist ein Verfahren vor einem Gericht eines der beiden Staaten anhängig und wird die Entscheidung über den Gegenstand dieses Verfahrens im andern Staate voraussichtlich anzuerkennen sein, so hat ein später befaßtes Gericht dieses andern Staates die Durchführung eines Verfahrens über denselben Gegenstand und zwischen denselben Parteien abzulehnen.

Artikel 9

Entscheidungen, mit denen Ordnungsstrafen verhängt werden, Entscheidungen im Konkursverfahren sowie Entscheidungen österreichischer Gerichte im Ausgleichsverfahren und Entscheidungen schweizerischer Gerichte über die Bestätigung eines Nachlaßvertrages gelten nicht als gerichtliche Entscheidungen im Sinne dieses Vertrages.

Artikel 10

Entscheidungen anderer als gerichtlicher Behörden, die zur Führung von Vormundschaften oder Pflgschaften berufen sind, sowie die vor solchen Behörden abgeschlossenen Vergleiche sind

den gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen im Sinne dieses Vertrages gleichgestellt. Die beiden Regierungen werden einander diese Behörden mitteilen.

Die Vollstreckung von Ansprüchen auf Herausgabe Minderjähriger oder Pflegebefohlener kann aufgeschoben werden, wenn der Durchführung vorläufige Verfügungen der zuständigen Behörden des Staates, wo die Vollstreckung beantragt wird, entgegenstehen, die auf Grund der diesen Behörden obliegenden Fürsorgepflicht wegen veränderter persönlicher Verhältnisse der beteiligten Personen getroffen werden. Die Behörde, von der die zu vollstreckende Entscheidung ausgegangen ist, sowie die Partei, die die Vollstreckung beantragt hat, sind von der Aufschubung ungesäumt in Kenntnis zu setzen.

Artikel 11

Die Zuständigkeit und das Verfahren für die Zwangsvollstreckung bestimmen sich nach dem Rechte des Staates, wo die Vollstreckung beantragt wird.

Artikel 12

Die Bestimmungen zwischenstaatlicher Abkommen, an denen beide Staaten beteiligt sind, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Die im Art. 18 Abs. 1 und 2 des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen (der Übereinkunft über Zivilprozeßrecht) vom 1. März 1954 genannten Kostenentscheidungen, die in einem der beiden Staaten ergangen sind, werden im andern Staat auf ein von der beteiligten Partei unmittelbar zu stellendes Begehren vollstreckt.

Artikel 13

Die Bestimmungen dieses Vertrages sind ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Parteien anzuwenden.

Artikel 14

Das österreichische Bundesministerium für Justiz und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement werden einander unmittelbar über Fragen, zu denen die Anwendung dieses Vertrages Anlaß geben sollte, auf Ersuchen Rechtsauskunft erteilen. Die Entscheidungsfreiheit der Gerichte bleibt unberührt.

Artikel 15

Dieser Vertrag ist auf gerichtliche Entscheidungen, Schiedssprüche und Vergleiche anzuwenden, die nach seinem Inkrafttreten erlassen oder geschlossen werden.

Auf gerichtliche Entscheidungen, Schiedssprüche und Vergleiche, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages erlassen oder geschlossen wurden, ist der Vertrag zwischen Österreich und der Schweiz über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen vom 15. März 1927 weiterhin anzuwenden.

Artikel 16

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Wien ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt nach Kündigung, die jederzeit zulässig ist, noch ein Jahr in Kraft. Mit seinem Inkrafttreten wird der Vertrag zwischen Österreich und der Schweiz über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen vom 15. März 1927 außer Kraft gesetzt, soweit sich nicht aus Art. 15 etwas anderes ergibt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelter Ausfertigung unterzeichnet.

Geschehen in Bern am 16. Dezember 1960.

Für die Republik Österreich:

Dr. JOHANNES CORETH

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:

MAX PETIPIERRE

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
SWISS CONFEDERATION REGARDING THE RECOGNITION
AND ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS

The Republic of Austria and the Swiss Confederation,

Wishing to update the Convention of 15 March 1927 regarding the recognition and enforcement of judicial decisions,² have agreed to conclude a new convention to that end. They have appointed as their Plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

Dr. Johannes Coreth, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of Austria in Switzerland;

The Federal Council of the Swiss Confederation:

President of the Confederation Max Petitpierre, Chief of the Political Department of the Confederation,

who, having examined each other's full powers, which were found in good and due form, have agreed as follows:

Article 1

Judicial decisions rendered in civil and commercial matters in one of the two States, including judgements concerning claims under private law which are rendered in criminal matters, shall be recognized in the other State if they meet the following requirements:

1. The principles relating to the international jurisdiction of the courts in the State in which the decision is invoked do not exclude the other State's jurisdiction;
2. Recognition of the decision is not contrary to the public policy in the State in which it is invoked and, in particular, is not prevented under the laws of that State, by a plea of "res judicata";
3. The decision has become final under the law of the State in which it was rendered;
4. In the case of a decision by default, the notice of proceedings was served on the party in default or on his representative empowered to receive such a notice in person and on time. If service is to be effected in the territory of the State in which the decision is invoked, judicial assistance shall be provided to that end.

The authorities of the State in which the decision is invoked may only verify whether the requirements set out in paragraphs 1 to 4 above have been met. Such verification shall be carried out in accordance with official procedures.

¹ Came into force on 12 May 1962, i.e., two months after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 12 March 1962, in accordance with article 16.

² League of Nations, *Treaty Series*, vol. LXXXVII, p. 351.

Article 2

The jurisdiction of the State in which the decision was rendered shall be deemed to be excluded in respect of private claims against a solvent debtor, especially under the terms of article 1, paragraph 1, above, if the debtor, at the time when the complaint was filed, had his residence in the State in which the decision is invoked.

However, this provision shall not apply:

1. If the defendant expressly agreed to accept the jurisdiction of the court which rendered the decision in the matter;
2. If the defendant has submitted an unconditional defence of the case;
3. If a countersuit is involved;
4. If the debtor has been summoned to appear at the place where his commercial or industrial establishment, or a branch thereof is situated, in connection with any claim arising out of the operation of the said establishment or branch.

The following shall not be deemed to be private claims under the terms of this article: claims under family law and the law of succession, rights *in rem* and claims secured by means of a pledge.

Article 3

The jurisdiction of the State in which the decision was rendered shall not be deemed to be excluded under the terms of article 1, paragraph 1, above, if the decision involves compensation for damages caused by the operation of motor vehicles or bicycles, whether motorized or not, and if the accident occurred in the territory of that State.

The provisions of the preceding paragraph shall, however, also apply to decisions regarding direct claims by an injured party against the third party liability insurer of the party causing the damage, but only to the extent that, under the laws of the two Contracting States, the injured party has a direct right of action against that insurer. This requirement shall enter into force through an exchange of notes between the two Governments.

Article 4

The jurisdiction of the State in which the decision was rendered shall not be deemed to be excluded under the terms of article 1, paragraph 1, above, if the decision involves cash maintenance claims under family law and if, at the time when the claim is enforced, the party entitled to maintenance has his residence in that State.

The legal maintenance claims of the mother of an illegitimate child against its father, including claims for compensation for maternity costs, shall also be deemed to be maintenance claims under family law under the terms of the preceding paragraph.

Article 5

Judicial decisions rendered in civil and commercial matters in one of the two States, including judgements concerning claims under private law which are rendered in criminal matters, shall be enforced in the other State if they meet the requirements set out in article 1, paragraphs 1 to 4, above, and are enforceable in the State in which they were rendered.

The authorities of the State in which application for enforcement has been made may only verify whether the requirements set out in paragraph 1 above have been met. Such verification shall be carried out in accordance with official procedures.

Article 6

The party who invokes the decision, or applies for its enforcement, must produce:

1. A copy or a transcript of the decision;
2. An attestation establishing the finality and, where necessary, the enforceability of the decision issued by the authority which rendered it or by the clerk of the court;
3. In the case of a decision by default, a copy of the notice of proceedings and an attestation establishing how and when it was served on the party in default;
4. If the decision does not state the facts on which it is based in sufficient detail to enable verification to be carried out under the terms of article 1 above, a copy of the complaint and other appropriate documents;
5. Where necessary, a translation of the documents mentioned in paragraphs 1 to 4 above into the official language of the authority before which the decision is invoked or enforcement is requested. The translation must be certified correct under the laws of one of the two States.

The provisions of the international Treaty of 21 August 1916¹ shall apply to the certification of the documents mentioned in this article.

Article 7

Arbitral awards rendered in one of the two States shall be recognized and rendered enforceable in the other State if they comply with the provisions of the preceding article, to the extent that they may be applicable.

This shall also apply to judicial agreements and compromise agreements concluded before an arbitral tribunal.

Attestations establishing the finality and enforceability of arbitral awards and compromise agreements concluded before an arbitral tribunal shall be issued, in Austria, by the district court under the jurisdiction of which the arbitral tribunal rendered its decision or the compromise agreement was concluded and, in Switzerland, by the competent authority of the canton in which the arbitral award was rendered or the compromise agreement was concluded.

Article 8

If proceedings are pending before a court of one of the two States, and if a decision regarding the cause of action of such proceedings is likely to be recognized in the other State, a subsequently constituted court of that other State shall abstain from proceedings between the same parties in connection with the same cause of action.

¹ *British and Foreign State Papers*, vol. 110, p. 775.

Article 9

Decisions imposing administrative penalties, decisions in bankruptcy proceedings, decisions of Austrian courts in compensation proceedings and decisions of Swiss courts confirming estate agreements shall not be deemed to be judicial decisions under the terms of this Convention.

Article 10

Decisions of non-judicial authorities responsible for supervising guardianships and trusteeships, and compromise agreements concluded before such authorities, shall be treated as equivalent to judicial decisions and agreements under the terms of this Convention. The two Governments shall notify each other with regard to such authorities.

The enforcement of claims concerning the surrender of minors or wards may be deferred if the competent authorities of the State in which enforcement is requested have, on the basis of their duty to provide social and medical assistance because of the changed personal circumstances of the individuals involved, issued temporary orders preventing such enforcement. The authority which rendered the decision to be enforced and the applicant for enforcement shall be informed immediately of such deferral.

Article 11

The venue and proceedings for judicial enforcement shall be determined in accordance with the laws of the State in which enforcement is requested.

Article 12

This Convention shall not affect the provisions of international agreements to which both States are parties.

Decisions relating to costs and expenses, as referred to in article 18, paragraphs 1 and 2, of the Convention relating to civil procedure of 1 March 1954,¹ which are rendered in either of the two States shall be enforceable in the other State upon the submission of a request directly by the party concerned.

Article 13

The provisions of this Convention shall apply regardless of the nationality of the parties.

Article 14

The Austrian Federal Ministry of Justice and the Justice and Police Department of the Federal Council of the Swiss Confederation shall, upon request, provide each other directly with legal information concerning questions which may arise from the application of this Convention. The freedom of decision of courts shall not be affected.

Article 15

This Convention shall apply to judicial decisions and arbitral awards rendered and to agreements concluded following its entry into force.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 286, p. 265.

Judicial decisions and arbitral awards rendered and agreements concluded prior to the entry into force of this Convention shall continue to be governed by the Convention of 15 March 1927 between Austria and Switzerland regarding the recognition and enforcement of judicial decisions.

Article 16

This Convention shall be ratified and the instruments of ratification exchanged at Vienna.

The Convention shall enter into force two months after the exchange of the instruments of ratification and shall remain in force for one year after its denunciation, which is permissible at any time. Upon its entry into force, the Convention of 15 March 1927 between Austria and Switzerland regarding the recognition and enforcement of judicial decisions shall cease to have effect, except as otherwise provided for in article 15 above.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries have signed this Convention in duplicate.

DONE at Berne on 16 December 1960.

For the Republic of Austria:

Dr. JOHANNES CORETH

For the Swiss Confederation:

MAX PETITPIERRE

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA
CONFÉDÉRATION SUISSE RELATIVE À LA RECONNAIS-
SANCE ET À L'EXÉCUTION DE DÉCISIONS JUDICIAIRES

La République d'Autriche et la Confédération suisse,

Animées du désir d'adapter aux circonstances présentes la convention du 15 mars 1927 relative à la reconnaissance et à l'exécution de décisions judiciaires², ont résolu de conclure à cet effet une nouvelle convention. Ont désigné comme plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

M. Johannes Coreth, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République d'Autriche en Suisse;

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse :

Le Président de la Confédération Max Petitpierre, Chef du Département politique de la Confédération,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article premier

L'autorité des décisions judiciaires rendues en matière civile ou commerciale dans l'un des deux Etats, y compris celles qui ont été rendues sur des conclusions de droit civil dans un procès pénal, sera reconnue dans l'autre Etat si elles remplissent les conditions suivantes :

1. Que les règles de compétence judiciaire internationale admises par l'Etat dans lequel la décision est invoquée n'excluent pas la juridiction de l'autre Etat;

2. Que la reconnaissance de la décision ne soit pas contraire à l'ordre public de l'Etat où cette décision est invoquée, en particulier que l'exception de chose jugée ne fasse pas obstacle à la reconnaissance d'après la loi de cet Etat;

3. Que, d'après la loi de l'Etat où la décision a été rendue, celle-ci soit passée en force de chose jugée;

4. Qu'en cas de jugement par défaut, l'acte ou la citation qui introduisait l'instance ait été remis en temps utile à la partie défaillante en mains propres ou à son mandataire autorisé à le recevoir. Si la notification devait avoir lieu sur le territoire de l'Etat où la décision est invoquée. Il est nécessaire qu'elle ait été faite en la voie de l'assistance judiciaire réciproque.

L'examen par les autorités de l'Etat où la décision est invoquée ne portera pas sur les conditions énumérées sous chiffres 1 à 4. Ces autorités devront examiner d'office si lesdites conditions sont remplies.

¹ Entré en vigueur le 12 mai 1962, soit deux mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 12 mars 1962, conformément à l'article 16.

² Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. LXXXVII, p. 351.

Article 2

La juridiction de l'Etat où la décision a été rendue est exclue, au sens de l'article premier, chiffre 1^{er}, notamment à l'égard des réclamations personnelles contre le débiteur solvable qui avait, lors de l'ouverture de l'action, son domicile dans l'Etat où la décision est invoquée.

Cette disposition n'est cependant pas applicable :

1. Lorsque le défendeur s'est soumis, par convention expresse, à la compétence du tribunal qui a statué sur le fond du litige;
2. Lorsque le défendeur est entré en matière, sans réserve, sur le fond du litige;
3. Lorsqu'il s'agit d'une demande reconventionnelle;
4. Lorsque le débiteur a été recherché au lieu de son établissement commercial ou industriel ou de sa succursale pour des réclamations dont la cause remonte à l'exploitation de cet établissement.

Ne seront pas considérées comme réclamations personnelles au sens du présent article les actions fondées sur le droit de la famille et le droit des successions, les droits réels et les créances garanties par gage.

Article 3

La juridiction de l'Etat où la décision a été rendue n'est pas exclue, au sens de l'article premier, chiffre 1^{er}, lorsqu'il s'agit de décisions concernant la réparation de dommages occasionnés par l'emploi de véhicules automobiles ou de cycles avec ou sans moteur et que l'accident s'est produit sur le territoire de cet Etat.

L'alinéa ci-dessus ne sera cependant applicable aux décisions sur les prétentions du lésé élevées directement contre l'assureur en responsabilité civile de l'auteur du dommage que si la législation des deux Etats contractants confère au lésé une action directe contre l'assureur. Les deux gouvernements constateront par échange de notes la date à laquelle cette condition sera remplie.

Article 4

La juridiction de l'Etat où la décision a été rendue n'est pas exclue, au sens de l'article premier, chiffre 1^{er}, lorsqu'il s'agit de décisions sur des prétentions alimentaires en argent fondées sur le droit de famille et que l'ayant droit aux aliments avait son domicile dans cet Etat au moment où il a fait valoir ces prétentions.

Sont aussi considérées comme prétentions alimentaires fondées sur le droit de famille au sens de l'alinéa ci-dessus les prétentions légales de la mère d'un enfant naturel contre le père de celui-ci en restitution des frais d'entretien et des frais de couches.

Article 5

Les décisions judiciaires en matière civile ou commerciale rendues dans l'un des deux Etats, y compris celles qui ont été rendues sur des conclusions de droit civil dans un procès pénal, seront exécutées dans l'autre Etat si elles remplissent les conditions indiquées à l'article premier, chiffres 1 à 4, et si elles sont exécutoires dans l'Etat où elles ont été rendues.

L'examen par les autorités de l'Etat où l'exécution est requise ne portera que sur les exigences indiquées à l'alinéa 1. Ces autorités devront examiner d'office s'il est satisfait auxdites exigences.

Article 6

La partie qui invoque la décision ou qui en requiert l'exécution devra produire :

1. Une expédition ou copie de la décision;
2. Une attestation que la décision est passée en force de chose jugée et, s'il y a lieu, qu'elle est devenue exécutoire. Cette déclaration sera délivrée par l'autorité qui a rendu la décision ou par le greffier du tribunal;
3. En cas de jugement par défaut, une copie de l'acte ou de la citation qui introduisait l'instance, ainsi qu'une attestation indiquant le mode et la date de notification à la partie défaillante;
4. Une copie de l'exposé de demande ou toutes autres pièces appropriées lorsque l'état des faits à la base de la décision ne ressort pas de celle-ci assez clairement pour permettre l'examen prévu à l'article premier;
5. Le cas échéant, une traduction des pièces indiquées sous chiffres 1 à 4 rédigée dans la langue officielle de l'autorité auprès de laquelle la décision est invoquée ou son exécution requise. Cette traduction sera certifiée conforme d'après la législation de l'un ou de l'autre Etat.

Les dispositions du Traité du 21 août 1916¹ s'appliqueront à la légalisation des pièces mentionnées dans le présent article.

Article 7

Les sentences arbitrales rendues dans l'un des deux Etats seront reconnues et exécutées dans l'autre Etat si elles satisfont aux prescriptions des articles précédents, en tant que celles-ci sont applicables.

Il en sera de même pour les transactions judiciaires ou pour les transactions conclues devant des arbitres.

L'attestation que la sentence arbitrale ou la transaction conclue devant des arbitres est passée en force de chose jugée et qu'elle est devenue exécutoire est délivrée en Suisse par l'autorité compétente du canton où la sentence arbitrale a été rendue ou la transaction conclue, en Autriche par le tribunal de district (Bezirksgericht) dans le ressort duquel la sentence arbitrale a été rendue ou la transaction conclue.

Article 8

Lorsqu'un litige est pendant devant un tribunal de l'un des deux Etats et que la décision sur le fond de la cause devra probablement être reconnue dans l'autre Etat, un tribunal de cet autre Etat refusera d'instruire un litige porté devant lui ultérieurement et concernant le même objet et les mêmes parties.

Article 9

Les décisions infligeant des amendes d'ordre, les prononcés rendus dans la procédure de faillite et les jugements des tribunaux suisses et autrichiens en matière

¹ *British and Foreign State Papers*, vol. 1110, p. 775. (French translation.)

de concordat ne seront pas considérés comme des décisions judiciaires au sens de la présente Convention.

Article 10

Les décisions d'autorités non judiciaires chargées d'exercer la tutelle ou la curatelle, ainsi que les transactions conclues devant ces autorités, sont assimilées aux décisions et transactions judiciaires au sens de la présente Convention. Les deux gouvernements se feront connaître réciproquement ces autorités.

L'exécution de décisions ordonnant la remise d'un mineur ou d'une personne mise sous tutelle pourra être ajournée lorsque les autorités compétentes de l'Etat où cette exécution est requise auront pris, pour venir en aide conformément à leurs obligations, des mesures provisionnelles qui feront obstacle à la remise en raison d'un changement survenu dans la situation personnelle des personnes intéressées. L'ajournement sera porté sans retard à la connaissance tant de l'autorité dont émane la décision à exécuter que de la partie qui a requis l'exécution.

Article 11

La compétence et la procédure en matière d'exécution forcée sont réglées par la législation de l'Etat où l'exécution est requise.

Article 12

La présente Convention ne touche pas aux dispositions des arrangements internationaux auxquels participent les deux Etats.

Les décisions relatives aux frais et dépens visées à l'article 18, alinéas 1 et 2, de la Convention du 1^{er} mars 1954 relative à la procédure civile¹ et rendues dans l'un des deux Etats, seront exécutées sur le territoire de l'autre Etat à la requête directe de la partie intéressée.

Article 13

Les dispositions de la présente Convention s'appliqueront quelle que soit la nationalité des parties.

Article 14

Le département fédéral de justice et police et le ministère autrichien de la justice se communiqueront directement, sur requête, des renseignements juridiques concernant les questions que soulèverait l'application de la présente Convention. La liberté de décision des tribunaux demeure intacte.

Article 15

La présente Convention s'appliquera aux décisions judiciaires, sentences arbitrales et transactions intervenues après son entrée en vigueur.

La Convention entre la Suisse et l'Autriche relative à la reconnaissance et à l'exécution de décisions judiciaires, du 15 mars 1927, restera applicable aux décisions judiciaires, sentences arbitrales et transactions intervenues avant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 286, p. 265.

Article 16

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Vienne.

Cette Convention entrera en vigueur deux mois après l'échange des instruments de ratification et produira ses effets encore un an après la dénonciation, qui pourra avoir lieu en tout temps. A la date de son entrée en vigueur, la présente Convention abrogera, en tant que l'article 15 ci-dessus n'en dispose pas autrement, la Convention entre la Suisse et l'Autriche relative à la reconnaissance et à l'exécution de décisions judiciaires, du 15 mars 1927.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé la présente Convention en deux exemplaires.

FAIT à Berne, le 16 décembre 1960.

Pour la République d'Autriche :

JOHANNES CORETH

Pour la Confédération suisse :

MAX PETITPIERRE
